

Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse

Im Gespräch mit vier Betroffenen aus den Jahren 1956ff sowie 1972ff sollen die politischen und sozialen Hintergründe sowie die persönlichen und gesellschaftlichen Folgen verdeutlicht werden.

- **Ilse Morweiser, LU**, für die Zeit nach dem KPD-Verbot 1956, spätere Betriebsratsvorsitzende
- **Mia Lindemann, HD**, staatliches Ausbildungsverbot, später Gewerkschaftssekretärin
- **Thomas Trüper, MA**, Berufsverbot, Gewerkschaftsausschluss, später BR-Vorsitzender
- **Herbert Weisbrod-Frey, HD/Berlin**, Kündigung, später Gewerkschaftssekretär

Der sog. **Radikalenerlass** der SPD-/FDP-Regierung unter Kanzler Willy Brandt im Jahr 1972 hatte **Berufs- und Beschäftigungsverbote** im öffentlichen Dienst zum Ziel. Diese Beschäftigungsverbote sollten insbesondere für Kommunisten gelten, die sich in der nach dem KPD-Verbot 1956 in der 1968 wieder zugelassenen DKP sowie in den verschiedenen, vor allem aus Resten der Studentenbewegung sich neubildenden linken Parteien und Gruppen organisiert haben. Der „Radikalenerlass“ fand auch in Betrieben der Privatwirtschaft Anwendung. Kündigungen und Versetzungen waren die Folge.

Neben Beschäftigungen wurden auch Ausbildungen verweigert. Dies traf vor allem Uniabsolventen, die für eine Tätigkeit als Lehrer/in oder Jurist/in ein staatlich organisiertes Referendariat unbedingt absolvieren mussten.

Eine zunehmende „Staatsferne“ und Abneigung gegen die damals gängigen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP prägten jahrelang eine politisch interessierte, jüngere Generation.

Nicht nur der „Radikalenerlass“ und die „Berufsverbote“ waren eine deutsche Spezialität. Die deutschen Gewerkschaften schlossen sich der (partei-)politischen Stimmung an und formulierten „**Unvereinbarkeitsbeschlüsse**“. Diese waren gegen gewerkschaftlich in Betrieben und Verwaltungen aktive Linke gerichtet. Ausgenommen waren in den 1970ern Mitglieder der DKP und ihrer Verbände. In den 1950ern waren auch kommunistisch organisierte Hauptamtliche von Gewerkschaften betroffen.

Die älteren Linken hatten ähnliches schon in den 1950ern erlebt. **Das KPD-Verbot von 1956** und der gesellschaftlich propagierte und akzeptierte Anti-Kommunismus kosteten viele Kommunisten den Arbeits- und Ausbildungsplatz.

Zeit:	Donnerstag, 7. März 2013, um 19.00 Uhr
Ort:	Gewerkschaftshaus Mannheim, Bleicher/Loderer-Saal Hans-Böckler-Straße 1, 68161 Mannheim